

Dringliche Anfrage

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 21.04.2010

Welche Hilfestellung gibt die Landesregierung den unter der Wirtschaftskrise leidenden Kommunen, insbesondere zur Abwehr des wachsenden Zinsrisikos?

Die Lage der Kommunen in Niedersachsen entwickelt sich nach Auffassung vieler Beobachter und Kommunalpolitikerinnen und -politiker aller Parteien zunehmend dramatisch. Im Jahre 2009 sind die Gesamteinnahmen der Kommunen um 2,6 % zurückgegangen, während die Gesamtausgaben um 6,3 % gestiegen sind. Das kommunale Finanzierungssaldo nähert sich damit der Milliarden-grenze.

Bei der Einnahmeseite ist vor allem der massive Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen um 21,5 % infolge der weiter anhaltenden Wirtschaftskrise zu verkräften. Gleichzeitig wachsen infolge dieser Krise die Ausgaben im sozialen Bereich um knapp 4 %.

Die Kommunen versuchen, auf die von ihnen als dramatisch angesehene Situation teilweise durch den Verkauf von Vermögen, der in den ersten drei Quartalen 2009 um 6,4 % gestiegen ist, vor allem aber durch massive Erhöhung der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt zu reagieren. Die Verschuldung niedersächsischer Kommunen lag Ende 2009 bereits bei rund 7,6 Milliarden Euro. Der Stand der Kassenkredite - also der kurzfristigen Darlehen - hat sich im Laufe des Jahres 2009 um rund eine halbe Milliarde Euro auf mittlerweile über 4,5 Milliarden Euro erhöht.

Diese steigende Kreditaufnahme ist nach Einschätzung von Experten auf den ersten Blick dadurch verkräftbar, dass wir zurzeit ein niedriges Zinsniveau haben. Steigt es wieder an, geraten die kommunalen Haushalte durch die dann nicht nur erhebliche Tilgungs-, sondern auch noch steigende Zinslast in eine, verglichen mit der jetzt schon schwierigen Situation, noch dramatischere Finanzlage.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet sie die gegenwärtige Finanzlage der niedersächsischen Kommunen?
2. Welche Hilfen stellt die Landesregierung den Kommunen zur Verfügung, um die Gefahr eines Anstiegs des Zinsniveaus angesichts der angewachsenen Schuldenlast abzuwenden?
3. Welche Änderungen hält die Landesregierung für erforderlich, um in der Perspektive den Kommunen einen größeren Anteil an den steuerlichen Einnahmen des Landes zu geben und so ihre finanzielle Lage zu stabilisieren?

Dr. Manfred Sohn
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 26.04.2010)